Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches Feuilleton / Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den zweispaltigen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur Montag bis Freitag von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,50 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,50 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m.b.H., Dresden-A., Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf: 17 259. Postscheckkonto: Dresden 18 600

Verantwortlich für Lokales: Otto Gäbel, Dresden; für Politik mit Ausnahme der Auslandspolitik, Wirtschaft, Gewerkschaft, Sport, Radio und Arbeiterkultur: Gerhard Grabe, Dresden; für Ausland: Karl Preikschat, Berlin; für Feuilleton und Reportage: Otto Wilde, Berlin; für Inserate: Fritz Fischer, Dresden; für Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A.

8. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 28. Januar 1932 — Nummer 23

Die Riesengehälter bei den Sächsischen Werken!

640000 Mark für zehn ASW-Direktoren

Hungerlöhne und Massenentlassungen für die Arbeiter . Millionen Erwerbslose und Rentner erhalten an Jahresunterstützung weniger als der Generaldirektor an einem Tage . Das ist das Spiegelbild der kapitalistischen Gesellschaftsordnung

Dresden, 28. Januar.

In den Ausschüssen A und B des Landtages wurden gestern aufsehenerregende Mitteilungen gemacht, die in besonders krasser Form die gewaltigen Gegensätze zwischen den Riesengehältern der Direktoren von Aktiengesellschaften und den Hungerlöhnen der Arbeiter, der Angestellten und Beamten enthüllen.

Aus den in langen Umschweifen und unter größter Verschleierung gemachten Mitteilungen des Finanzministers Dr. Fedrich über die Höhe der Direktoren-Gehälter der ASW konnte man entnehmen, daß Gehälter bis zu 150 000 Mark gezahlt werden.

Welche Riesensummen gezahlt werden, ist am besten aus der Neuregelung der Gehälter zu sehen, die jetzt erst vorgenommen wurde. Es sollen künftig erhalten:

Der erste **Generaldirektor 36 000 Mark Gehalt und 6000 Mark Aufwandsentschädigung, zusammen also 42 000 Mark, mit Gewinnanteilen künftig bis zu 60 000 Mark;**

die beiden **anderen Generaldirektoren ein Gehalt von 36 0000 Mark, mit Gewinnanteilen bis zu 55 000 Mark;**

ein Direktor **22 000 Mark, mit Gewinnanteil im laufenden Jahr bis zu 35 000 Mark, künftig bis zu 33 000 Mark;**

ein weiterer **Direktor im laufenden Jahr bis insgesamt 30 000 Mark, künftig bis zu 25 000 Mark;**

ein dritter **Direktor 16 000 Mark festes Gehalt, mit Gewinnanteilen, künftig bis zu 20 00 Mark;**

zwei Direktoren, **die im laufenden Jahre 25 000 Mark bezogen, künftig bis zu 20 000 Mark;**

ein weiterer **Direktor bis zusammen 20 000 Mark, und schließlich ein Direktor 10 000 bis höchstens 12 000 Mark.**

10 Direktoren der ASW werden also in Zukunft ein Gehalt von mehr als 320 000 Mark beziehen. Das sind aber nur die Direktoren der Hauptverwaltung der ASW, zu denen dann noch die Direktoren der einzelnen Werke mit ähnlichen Riesengehältern kommen. Wie hoch waren aber nun die Gehälter vor dieser „Kürzung"? Dazu schreibt der Dresdner Anzeiger verschämt:

„Nach weiteren Mitteilungen des Ministers stellen die hier genannten Maximalbeiträge 40 bis 60 v. H. der früheren Bezüge dar."

Das heißt also, daß bisher im Durchschnitt doppelt so hohe Gehälter gezahlt wurden. **Für 10 Direktoren demnach mindestens die Summe von 640 000 Mark, für den Herrn Generaldirektor 120—150 000 Mark und für die anderen Direktoren ebenfalls Gehälter, die durchschnittlich noch einmal so hoch waren, als die, die von jetzt ab gezahlt werden sollen.**

Diesen Riesengehältern, die die ASW-Direktoren für ihre „verantwortungsvolle Mühewaltung" erhalten, stehen gegenüber die **Hungerlöhne der Betriebsarbeiter, die Bettelpfennige der Erwerbslosen, der Wohlfahrtsempfänger, der Klein- und Sozialrentner.** Während in der Arbeiterschaft durch Lohnabbau, Unterstützungskürzung, Steuerdruck und sonstige Verschlechterungen ihrer Lebenshaltung Not und Elend immer wieder ansteigen, erhält eine Handvoll von Leuten Riesensummen für ihre Tätigkeit zur Aufrechterhaltung des bankrotten kapitalistischen Systems. Zehntausende und Hunderttausende von Arbeiterfamilien, besonders auch der ASW-Proleten, müssen im ganzen Jahr ihr Leben für eine Summe fristen, die den Direktoren in 2—3 Tagen in die Tasche fließt. Millionen von Erwerbslosen und Rentnern erhalten **in einem Jahr an Unterstützung weniger, als der Herr Generaldirektor der ASW an einem Tage.**

Gerade in den letzten Tagen wurden **neue Massenentlassungen von ASW-Proleten angekündigt.** Auch sie sollen dem Erwerbslosenelend ausgeliefert werden, während ihre Direktoren auch bei den künftig „gekürzten" Gehältern in wenigen Tagen **mehr erhalten** als die Erwerbslosenunterstützung eines Jahres ausmacht.

Das ist die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die Millionen dem Hungertod ausliefert, damit einige Tausend im Ueberfluß prassen und schwelgen können. Dieses System, das mit faschistischen Maßnahmen die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterschaft immer mehr verschärft und steigert, **wird gestützt und mit erhalten durch die SPD.** Das zeigt sich tagtäglich bei der Durchführung der Notverordnungen, bei den Angriffen der Unternehmer gegen die Arbeiter, bei der Unterstützung der Brüning- und Schlieckregierung und überall, wo sich die zwei Klassenfronten Proletariat und Bourgeoisie gegenüberstehen.

Daran muß die Arbeiterschaft **erkennen, daß eine grundlegende Aenderung dieser Verhältnisse, wie sie in den Riesengehältern für Direktoren einerseits und den Hungerlöhnen der Betriebsarbeiter und den Bettelpfennigen der Erwerbslosen anderseits zum Ausdruck kommen nur durch die einheitliche Kampffront der Arbeiterschaft gegen die gemeinsame Front Bourgeoisie und SPD-Führer herbeigeführt werden kann.**

Dieser Kampf muß geführt werden: Als Kampf in den Betrieben gegen jeden Lohnabbau der Unternehmer, gegen jede Kurzarbeit und Massenentlassung. Als Kampf in den Betrieben, Stempelstellen und Orten gegen den Mordterror der Nazis und den Faschismus. Als Kampf zur Auflösung des Landtages und zur Beseitigung der Schlieckregierung. Als Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit.

Nur in einheitlicher und geschlossener Klassenfront unter Führung der KPD wird die Arbeiterschaft in diesem Kampf gegen alle seine Feinde siegreich sein.

Streikerfolg im Escher-Werk, Chemnitz

Einstündiger Proteststreik erzwingt Zurücknahme des 10prozentigen Lohnabbaus

In der vorigen Woche ließ die Direktion des Escher-Werkes, Siegmar, durch Anschlag verkünden, daß ein 10prozentiger Lohnabbau durchgeführt wird. Diese neue Verschlechterung der Lebenslage der Kollegen im Escher-Werk hatte eine ungeheure Empörung zur Folge. Einmütig verlangten alle Arbeiter, daß sofort zum angekündigten Lohnabbau Stellung genommen wird und beschlossen, während der Arbeitszeit eine Belegschaftsversammlung durchzuführen.

Die Belegschaftsversammlung fand am Freitag voriger Woche im Betrieb statt und gegen den Lohnabbau wurde der sofortige Streik beschlossen. **Bereits nach einer Stunde kapitulierte die Direktion vor der geschlossenen Streikfront** der Arbeiter und nahm den angekündigten Lohnabbau zurück. Darüber hinaus mußte die Direktion noch **weitere betriebliche Zugeständnisse** machen, so daß dieser einstündige Streik der Kollegen des Escherwerkes mit einem vollen Erfolg endete. Nachdem die Direktion zu Kreuze gekrochen war, nahm die Belegschaft die Arbeit wieder auf.

Dieser Erfolg hat die Autorität der RGO unter der Belegschaft gewaltig gesteigert. Selbst sozialdemokratische und freigewerkschaftliche Arbeiter geben zu, daß **nur die rote Einheitsfront in den Betrieben durch die Anwendung des Streikes, als bestes Kampfmittel des Proletariats, den Lohnabbau der Unternehmer zurückschlagen konnte.**

Das Beispiel der Chemnitzer Belegschaft zeigt auch den ostsächsischen Betriebsarbeitern, daß **nur die rote Einheitsfront unter Führung der RGO und KPD alle Unternehmerangriffe zurückschlagen kann.**

Dresdner Betriebsbelegschaft gegen Bürgersteuerabzug

Belegschaft der Mimosa-AG Dresden erzwingt durch Unterschriftensammlung Belegschaftsversammlung und wählt Delegation zum Stadtrat.

Die etwa 500 Mann starke Belegschaft der Mimosa-AG hatte, um angesichts des Bürgersteuerabzuges eine Belegschaftsversammlung zu erzwingen **unter Führung der roten Betriebsratsmitglieder eine Unterschriftensammlung eingeleitet.** Trotzdem 111 Unterschriften gesammelt wurden, **lehnte der reformistische Betriebsratsvorsitzende die Einberufung der Belegschaftsversammlung** mit dem Hinweis ab, daß zwei Drittel der Belegschaft sich eintragen müßten. Von unseren Genossen auf das Betriebsrätegesetz hingewiesen, das nur ein Viertel der Gesamtbelegschaft dazu vorsieht, mußte er sich bequemen, eine solche einzuberufen. Dieselbe fand gestern statt und über **200 Arbeiter und Arbeiterinnen** nahmen daran teil. Nach den Ausführungen eines roten Betriebsratsmitgliedes über den Bürgersteuerabzug wählten die Anwesenden eine **Delegation von 8 Kollegen und Kolleginnen aus ihrer Mitte, die am Sonnabend beim Stadtrat vorstellig werden soll.**

Radeberg nimmt die Herausforderung des Stadtteils I an!

Die ersten Werbeergebnisse . Wo bleibt Stadtteil I?

Die Radeberger Ortsgruppe hat die Herausforderung des Dresdner Stadtteils 1 zum Wettbewerb angenommen und sofort alle Genossen mobilisiert.

Bereits am Sonnabend, dem 23. Januar, wurde die erste Versammlung in Ullersdorf durchgeführt, in der 2 Parteiaufnahmen, darunter 1 Forstarbeiter, gemacht werden konnten.

Am Sonntag, dem 24. Januar, fand in Fischbach eine Versammlung statt, in der eine SPD-Genossin aus Arnsdorf zur KPD übertrat und gleichzeitig zum Frauenkongreß am 7. Februar delegiert wurde. Bisher wurden in Radeberg 18 Delegierte für den Frauenkongreß gewählt.

Als weitere Ergebnisse meldet Radeberg:

Literaturverkauf 12 Mark; 10 Leser für die „Internationale"; 6 neue Leser für das „Volksecho"; 100 prozentige Steigerung des Umsatzes der „Kämpferin".

Radeberg geht mit dem festen Willen, als Sieger aus diesem Wettbewerb hervorzugehen, an die Arbeit. Wo bleiben die Ergebnisse aus dem Stadtteil 1? Wo bleiben die Herausforderungen der anderen Stadtteile und Ortsgruppen?

Januar und Februar müssen Sturmmonate für alle Parteimitglieder werden. Verstärkt muß die Werbung für Partei und Presse durchgeführt werden . Heran Genossen! Macht Sturm im Land! Jeder ein Stoßbrigadier! Es geht ums Ganze!

Rüstet zum Großwerbetag für „Arbeiterstimme" und „Volks-Echo" am 31. Januar!

Arbeitsverschlechterung abgewehrt

Berlin, 28. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Bei der Berliner Müllabfuhr, Bautzner Straße, kam es am Dienstag zu einer erfolgreichen Streikaktion. Die Direktion ließ plötzlich von fast allen Wagen die Karren abmachen, die zum Transport der Müllkästen gebraucht werden. Die Arbeiter sollten die schweren Müllkästen nicht mehr fahren, **sondern tragen.** Die 150 Kollegen **weigerten sich unter diesen Umständen auszufahren und traten sofort zu einer Betriebsversammlung zusammen.** Es fanden Verhandlungen statt, die bis 13 Uhr dauerten. Das Ergebnis war, daß **die Karren wieder angehängt werden und die Streikzeit bezahlt wird.** Durch das entschlossene Auftreten der Belegschaft wurde so **eine wesentliche Verschlechterung abgewehrt.**